



Projektland: Indien

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

Schlagzeilen:

1. Diskussion um Quoteneinführung für Frauen in Landesparlamenten und im Bundesparlament
2. Abkommen zwischen Indien und den USA zur Nutzung von Atomenergie zu zivilen Zwecken
3. Haushaltsplan 2010 verabschiedet

Innenpolitik

Verfassungsänderung mit Bezug auf Einführung einer Quote für Frauen in Landesparlamenten und im Bundesparlament – "Women's Reservation Bill" (WRB)-

Am internationalen Tag der Frau wurde im Oberhaus (Rajya Sabha) die 81. Verfassungsänderung gebilligt. Gegenstand der Diskussion war die "Women's Reservation Bill". 33% der Sitze sollen fortan im Unterhaus und in den Länderparlamenten von Frauen besetzt werden. Indirekt betrifft die WRB ebenfalls die Zusammensetzung des Oberhauses, da seine Abgeordneten von den Länderparlamenten gewählt werden.

Aus verschiedenen Gründen hat es mehr als zehn Jahre gedauert, bis die WRB endlich verabschiedet wurde. Es kann aber nur von einem Teilerfolg gesprochen werden, denn die größere Hürde, das Gesetz im Unterhaus (Lok Sabha) zu verabschieden, steht noch bevor.

Historische Stellung der Frauen in Indien

Traditionell haben Frauen in Indien eine geringere Position inne als Männer: von der Gesellschaft als minderwertig bezeichnet, verfügen sie, wenn an ihnen kein Fötus- oder Kindermord begangen wird, über schlechtere Bildungs-, Berufsausübungs- und Lebenschancen als Männer. Frauen sind von der Familie ihres Mannes abhängig, erhalten für ihre Arbeit einen niedrigeren Lohn und müssen oft Verspottung und Gewalt ertragen. Dies war in der langen Geschichte des Subkontinents immer so und hat sich auch im Jahre 2010 nicht groß verändert.

Doch in den letzten Jahrzehnten ist im Land eine sanfte Entwicklung spürbar. Es handelt sich zwar nicht um eine Frauenbewegung, aber mittlerweile sind landesweit einzelne Frauen in herausragenden beruflichen Stellungen zu finden. Andere organisieren sich, um sich ge-

gen Gewalt und ungerechte Entlohnung zu wehren. Gegenwärtig macht der Frauenanteil im Unterhaus bereits 10% aus. In den Länderparlamenten ist der Frauenanteil geringer, aber in den Gemeinde- und mehr als 660 000 Dorfparlamenten (Panchayats) ist das anders. Mindestens ein Drittel der Sitze nehmen dort Frauen ein, sind derzeit eher noch passive Platzhalter, verschaffen sich in der Kommunalpolitik aber zusehends mehr und mehr Gehör.

Verabschiedung im Oberhaus

Vor 14 Jahren wurde die WRB zum ersten Mal im Oberhaus diskutiert, aber nicht verabschiedet. Bei dem gegenwärtigen Anlauf traf der Verfassungsänderungsvorschlag ebenfalls auf Widerstand und die Verabschiedung musste wegen ungezügelter Benehmens einiger Abgeordneter im Parlament um einen Tag verschoben werden. Abgeordnete der Samajwadi Party (SP) und Rashtriya Janata Dal (RJD), Parteien, welche der Mehrheitskoalition United Progressive Alliance (UPA) unter der Führung von Sonja Gandhi und Dr. Manmohan Singh angehören, stifteten am meisten Unruhe und drohten sogar, gegen die WRB zu stimmen. Dies war eine Überraschung, denn bisher trat die Regierungskoalition geschlossen auf. Offiziell bedauern die Abtrünnigen den Mangel an festgelegten Quoten für Muslime oder niedrigerer Kasten innerhalb der vorgeschlagenen Frauenquote. Sie fordern Quoten innerhalb der Quote.

Die Tatsache, dass die WRB eine Veränderung des politischen Geschlechtergleichgewichtes mit sich bringen wird und die männlichen Abgeordneten die Erstbetroffenen der Verfassungsänderung sein werden, spielt im Widerstand gegen die WRB eine bedeutende Rolle. Letztendlich wurde die WRB aber mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet, indem die UPA die Zustimmung von der Oppositionspartei Bharatiya Janata Party (BJP) und von mehreren sozialistischen und regionalen Parteien erhielt.

Sonia Gandhis Rolle in der Debatte

Es scheint, als hätte die Debatte durch die persönliche Beteiligung Sonia Gandhis, der Leiterin der Congress Party, einen großen Einfluss auf den Abstimmungserfolg gehabt. Die Debatte hätte aber für die Regierung leicht zum Eigentor werden können. Es wurde ihr vorgeworfen, die Frage um die Geschlechtergleichheit im Parlament zusammen mit dem Thema Staatshaushalt auf die Tagesordnung gebracht zu haben. Die Opposition empfand dies als einen Versuch, die Aufmerksamkeit von einer geplanten Ölpreiserhöhung ablenken zu wollen.

WRB, Gewährsträger der Geschlechtergleichheit?

Ob die WRB eine ausreichende Maßnahme darstellt, um die Geschlechtergleichheit in der indischen Gesellschaft zu zementieren, wird in der Öffentlichkeit nicht nur kritisch hinterfragt sondern bezweifelt. Die Frauendiskriminierung findet zwar mit der WRB auf parlamentarischer Ebene ansatzweise eine Lösung, doch nun muss die Basis der Gesellschaft erreicht werden. In einer Diskussion der Tageszeitung "The Hindu" wurde einige Tage nach der Verabschiedung der WRB im Oberhaus festgestellt, dass Frauen in den Dorfräten (Panchayats) die Gesellschaft in Indien weitgehender verändern können als im Landes- und Bundesparlament, denn dort sorgen sie an der Basis des demokratischen Geschehens dafür, dass Lösungsansätze für täglich anfallende Probleme entwickelt werden. Diese Aussage deckt sich mit der Erfahrung einer größeren Maßnahme der Hanns-Seidel-Stiftung im Bundesstaat Rajasthan mit Bezug auf Staatsbürgerkunde und "Women Empowerment".

Vertretung der Minderheiten im Parlament

Befürworter der Minderheiten im Parlament meinen, dass die WRB ethnischen und religiösen Gruppen derzeit keine Quoten sichere und die Vorgehensweise durch Änderungsvorschläge zum Zeitpunkt der Verabschiedung im Unterhaus geändert werden sollte. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass durch eine Quotenregelung Minderheiten ihre Interessen nicht unbedingt besser vertreten können. Kritiker weisen darauf hin, dass ein Großteil der Politiker in Indien mehr damit beschäftigt sei, die eigene Karriere zu lenken, als die Bedürfnisse ihres Volkes zu vertreten. Wenn erst einmal das Ziel erreicht ist, als Abgeordneter wirken zu können, muss sich die Investition auszahlen. Quoten hin oder her. Weshalb sollte dies bei Frauen und unterprivilegierten Gruppen anders sein?

Um die Gefahr eines monströsen Quoten-Mehrheitssystems, welches nach und nach aus lauter mehr oder weniger zufällig ausgewählten Quotenzahlen bestehen würde, zu verhindern, wurde Mitte März in der "Sunday Times of India" eine Diskussion darüber begonnen, welche anderen Systeme mit Bezug auf ein Verhältniswahlrecht für Indien in Betracht kommen könnten. Auch das deutsche Beispiel wurde genannt.

Ausblick auf die kommenden Monate

Inwiefern die WRB positiv zur indischen Geschlechtergleichheit beitragen kann und ob sie in der Lage ist, eine Wandlung in der politischen Landschaft zu bewirken, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Jedenfalls stellt die WRB einen großen symbolischen Schritt dar, der zumindest das Thema der Stellung der Frau in der Gesellschaft wieder angeregt hat.

Nun muss das Thema auf die Tagesordnung des Unterhauses gebracht werden. Der Zeitpunkt scheint wegen des aufgekommenen Widerstandes (Diskussion über eine Quote für muslimische Frauen und Angehörige von niedrigen Kasten innerhalb der Frauenquote) nicht geeignet zu sein.

Fazit: Der Erfolg hängt nun weitgehend davon ab, wie taktisch geschickt die Kongress Partei mit ihren Regierungsverbündeten verhandelt. Gleichzeitig dürfen aber keine zu großen Zugeständnisse gemacht werden, denn die Unterstützung der Oppositionsparteien BJP und der Linken gelten nur für die jetzige Gesetzesvorlage.

Außenpolitik

Abkommen zwischen Indien und den USA zur Nutzung von Atomenergie zu zivilen Zwecken

Derzeit werden zwischen den USA und Indien die Regeln für die Wiederaufbereitung von Nuklearbrennstoff auf indischem Gebiet diskutiert. Den wichtigen Gesetzentwurf zum Thema Schadensersatz bei einem Atomunfall musste die indische Regierung jedoch zunächst auf Eis legen. Kritiker des Entwurfes meinen, dass die jetzige Vorlage eher zum Vorteil der Betreiberfirmen und nicht der möglichen Opfer gereicht.

Hintergrundinformation:

Die Atommacht Indien darf künftig Nukleartechnologie einführen, obwohl das Land den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat.

Die 45 Exportländer für Nukleartechnologie (Nuclear Suppliers Group/NSG) hoben am 6. September 2008 in Wien einen 34-jährigen Lieferstopp für Atomtechnologie an Indien auf Druck der USA auf. Indiens Premierminister Manmohan Singh sprach damals von einer «zukunftsweisenden Entscheidung», welche die jahrzehntelange Praxis beende, Indien von der Atomtechnik fernzuhalten.

Der Einigung waren dreitägige Beratungen vorausgegangen, da sechs Länder der Aufhebung kritisch gegenüberstanden und strenge Konsequenzen für den Fall gefordert hatten, dass Indien erneut eine Atombombe testen sollte. Das Lieferembargo war ursprünglich als Reaktion auf den ersten Atomwaffentest Indiens beschlossen worden.

Die USA hatten sich bei der NSG für die komplette Aufhebung des Lieferverbotes gegen Indien eingesetzt. Dies war eine Bedingung Indiens, damit ein zwischen beiden Ländern 2006 geschlossenes Atomabkommen in Kraft treten konnte. Die US-Regierung von Präsident George W. Bush stand unter Zeitdruck, da sie das bilaterale Abkommen zum nuklearen Handel mit Neu-Delhi noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 2008 vom Kongress absegnen lassen wollte.

Mit der Aufhebung des Embargos ist Indien seither in der Lage, sich von anderen Ländern Atomtechnologie liefern zu lassen, um seinen ständig steigenden Energiebedarf zu decken. Indien will bis 2012 mindestens acht neue Atomkraftwerke bauen. Neben den USA hoffen auch Länder wie Frankreich und Russland auf diese lukrativen Aufträge. Allein der Auftrag zum Bau von zwei dieser Atomkraftwerke würde in den USA 3000 bis 5000 neue Stellen schaffen, hieß es im US-Außenministerium.

Die Kritiker einer Beendigung des Lieferstopps hatten immer wieder gewarnt, dass Indien damit für sein langjähriges Streben nach Atomwaffen belohnt und dadurch Verhandlungen mit anderen Staaten, wie etwa dem Iran erschwert würden. Österreich, die Schweiz, Irland, die Niederlande, Norwegen und Neuseeland blockierten bisher die Aufhebung des Lieferstopps und forderten harte Konsequenzen, falls Indien erneut Atomwaffen testen sollte.

Indien gehört zu den mindestens sieben Atommächten, hat jedoch nie den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, der die Weitergabe von Nukleartechnologie verbietet, die zum Bau von Atomwaffen verwendet werden kann. Während den Sitzungen hatte das Land erneut für seine Vertrauenswürdigkeit geworben und bekräftigt, weiterhin freiwillig auf Atomtests zu verzichten und sich an die Richtlinien der NSG zu halten. Nach Angaben von Diplomaten war dies ein ausschlaggebender Punkt, der die Kritiker überzeugte. Der Beschluss der NSG stellte ausdrücklich klar, dass die jetzige Ausnahme auf der Basis dieser Zusagen gewährt wurde.

Die NSG wurde 1974 nach dem ersten Atomtest Indiens gegründet und regelt den weltweiten Handel mit nuklearer Technologie.

Frankreich profitiert durch das Abkommen

Frankreich erwartet aus Indien in den kommenden 15 Jahren Atomaufträge im Wert von 20 Milliarden Euro. Dazu gehört eine Absichtserklärung zum Bau von zwei Europäischen Druckwasserreaktoren, den European Pressurized Reactors (EPR) der Électricité de France. Indien will bis zu acht EPR kaufen.

Der EPR ist gegenwärtig der Exportschlager der französischen Atomindustrie. 2007 hatte der Staatskonzern Areva zwei EPR sowie Brennstoff für acht Milliarden Euro an China verkauft. Außerdem sollen Druckwasserreaktoren in den USA und Großbritannien sowie in arabischen und afrikanischen Staaten errichtet werden.

Die ersten beiden Reaktoren sind derzeit in Finnland und in Frankreich im Bau. Indien will neben dem EPR auch russische und amerikanische Reaktoren kaufen.

Australien: Kein Uran nach Indien

Australien wird kein Uran an Indien liefern, ungeachtet der Aufhebung des Exportverbotes für Atomtechnologie nach Indien. Die indische Regierung müsse zuerst dem Atomwaffensperrvertrag beitreten, so die offizielle Haltung Australiens. Die liberale australische Regierung setzte mittlerweile ein entsprechendes Handelsabkommen außer Kraft, das von der konservativen Vorgängerregierung ausgehandelt worden war.

Wirtschaft

Haushaltsplan 2010-2011

Finanzminister Pranab Mukherjee stellte am 26. Februar vor dem Parlament den Haushaltsplan für 2010-2011 vor. Das Leitmotiv der derzeitigen Regierung ist die «Entwicklung für alle», weshalb eine starke Zunahme der staatlichen Ausgaben in den Bereichen von Erziehung und Gesundheit geplant ist. Auch eine Reform des Steuerwesens ist angedacht. Der Schwerpunkt liegt insgesamt auf der Reduzierung der öffentlichen Verschuldung.

Nach Auffassung renommierter Ökonomen beinhalten weder Mukherjee's angekündigte Fiskalpolitik noch sein Änderungsvorschlag des indischen Steuerwesens wirkliche Reformen. Es stellt sich die Frage, ob das Land es sich noch leisten kann, Wandlungen im Schrittempo voranzutreiben, wenn mindestens noch ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt.

Makroökonomische Prioritäten für das kommende Jahr

Die Regierung hat sich vorgenommen, weiterhin das Wirtschaftswachstum zu fördern und hofft, dass im kommenden Jahr das BIP wieder seinen Wachstumsstand von 9% (Stand vor der Krise) erreicht und innerhalb von vier Jahren sogar aus einer zweistelligen Zahl bestehen wird. Unmöglich scheint dies nicht. Indien hat sich in der Tat schneller als andere Staaten von der globalen Krise erholt. Ebenfalls wird an der Reduzierung des Haushaltsdefizits gearbeitet, welches bis März 2011 von 6,7% des BIP auf 5,5% zurückgehen soll.

Reform des indischen Steuerwesens

Eine von der Regierung konzipierte Vereinfachung des indischen Steuerwesens soll bis April 2011 in Form eines umfangreichen Gesetzes verabschiedet werden.

Hinsichtlich der geplanten Minderung der Steuereinnahmen meinen Kritiker, dass die bereits wohlhabenden Unternehmen und Individuen eher von den neuen Maßnahmen profitieren als weniger wohlhabende.

Dennoch ist sicher, dass die Regierung die Verringerung der Ungleichheiten in der Bevölkerung im Fokus hat. Männliche Bürger, deren Einkommen weniger als Rs. 160 000 (ca. 2600 Euro) pro Jahr betragen, sollen von Steuern befreit werden. Auch Frauen und Rentner genießen einen nun deutlich höheren Freibetrag in Höhe von Rs. 240 000 (ca. 3900 Euro).

Als Anreiz zur Steigerung des Wirtschaftswachstums zählt die Reduzierung der Unternehmenssteuer von 10% auf 7%.

Haushaltseinnahmen sollen nun durch Teilprivatisierung von staatlichen Konzernen erfolgen; daneben durch Lizenzvergaben im Bereich der Telekommunikation. Die nächste Ausschrei-

bung läuft im April 2010. Die bevorstehende Auktion beinhaltet den Aufbau eines breitbandigen "3 G"-Mobilfunknetzwerkes, welches die Sprach- und Datenkommunikation in der weiter entwickelten dritten mobilen Technik-Generation vereinfachen, stabilisieren und geschwindigkeitsbezogen erhöhen soll. Aber auch über die Steuererhöhung auserwählter Güter, wie Luxuspersonenfahrzeuge und Sportwagen, sowie Tabak und Zigaretten, soll eine Steigerung der Haushaltseinnahmen erfolgen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der angekündigte Haushaltsplan 2010-2011 keine großen Veränderungen zu dem des vorherigen Jahres aufweist. Zur Einführung effektiver Maßnahmen, welche die wirtschaftlichen und sozialen Diskrepanzen in der indischen Gesellschaft mindern könnten, wird es auch in diesem Jahr nicht kommen. Insgesamt wird das Budget von Experten aber als ausgewogener Vorschlag bezeichnet.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Dr. Volker Bauer
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 08.04.2010